Bundestagswahl: Der deutsche Imperialismus und seine Parteien

Von Romina Summ

Der
Druck auf den deutschen Imperialismus wächst. Die Weltwirtschaft steckt seit 2008 in einer kapitalistischen Krise, die nunmehr durch die Pandemie extrem verschärft wurde. Hinzu kamen in der Ära Merkel die Schuldenkrise, Schwäche der EU, Migrationsfrage, Kampf um die Neuaufteilung der Welt und Umweltfrage. Diese strukturellen Probleme sind miteinander verwoben, kombiniert und komplex aber vor allem ungelöst. Jahrelang hat Angela Merkel mit der CDU in verschieden Koalitionen die Krise gemanagt. Dieses Krisenmanagement ist jedoch selbst in die Krise geraten. Die Bourgeoisie benötigt eine neue Strategie, um die strukturellen Herausforderungen des deutschen Imperialismus meistern zu können und um als Macht mithalten zu können.

Die
unterschiedlichen Strategien zur Lösung der Krise des deutschen Kapitals wird bei der kommenden Bundestagswahl eine entscheidende Rolle spielen. Wir haben uns die Positionen der einzelnen Parteien genauer angeschaut. Welche Vorschläge haben sie, um die Krise abzuwenden und vor allem zu wessen Lasten gehen sie? Im Raum stehen momentan eine Schwarz-Grüne bzw. Grün-Schwarze Koalition oder eine Ampel-Koalition (Grüne, SPD, FDP). Eine Regierung aus Grüne, SPD und Linke scheint unwahrscheinlich und die Grünen wenden sich davon zunehmend ab.

**Die
bürgerlichen Parteien**

Die Grünen

Die Grünen sind momentan im Umfragehoch und wahrscheinlich führt in der nächsten Regierung kein Weg an ihnen vorbei. Vieles spielt ihnen in die Karten: Ein gesellschaftliches Bewusstsein zur Klimafrage und die Krise der Union sowie der SPD, als auch die Stagnation von Linke und FDP.

Die Grünen bieten mit dem Green New Deal im Gegensatz zur CDU / CSU den deutsche Kapitalist_Innen eine klare Strategie an, hinter der die Partei geschlossen steht, wie sie überhaupt als einzige Partei einen in sich geschlossenen Weg aus der Krise vorschlägt. Das Programm spricht vor allem städtische Mittelschichten und liberale Angestellte an, aber auch Jugendliche aus FFF sowie gut gestellte Teile der Arbeiter_Innenklasse. Die Grünen wollen einen „nachhaltigen Strukturwandel“, mit dem sie den Industriestandort und die EU stärken wollen, sowie (mehr oder weniger) grüne Technologien mit staatlichen Investitionen ausbauen wollen, betroffen sind vor allem die zentralen Wirtschaftssektoren, Metall- und Elektroindustrie. Letztlich geht es den Grünen dabei darum, die deutsche Exportindustrie hinsichtlich der Green Technologies auf einen Spitzenplatz in der Weltkonkurrenz zu heben und so im Wettlauf mit China und den USA um die Neuaufteilung der Welt mitzuhalten, was ohne die EU nicht geht. Dass ein kapitalistisches System niemals nachhaltig sein kann, weil es dazu gezwungen ist, die Produktion immer weiter auszuweiten, kommt bei den Ideen der Grünen natürlich nicht vor.

Dass bei den Grünen die wirtschaftlichen Interessen vor den sozialen stehen, geben sie offen zu. So heißt es in ihrem Programm, dass die Wirtschaftskraft zentral für den gesellschaftlichen Wohlstand ist. Dabei sehen sie die tatsächliche Ursache von Jobverlust und

Wirtschaftskrisen nicht in der kapitalistischen Produktionsweise. Dass soziale Programme bei ihnen hintenanstehen und nur durch eine starke Wirtschaft möglich sind, betonen sie auch in ihrem Wahlprogramm: „Wir können nicht versprechen, dass nach Corona jedes unserer Projekte noch finanzierbar ist.“ Sie nehmen die Krise als Vorwand, um eine grüne Transformation, welche im Sinne der deutschen Bourgeoisie ist, durchzusetzen und auf den Rücken der Arbeitenden und sozial Schwachen auszutragen.

Die humanitäre und progressive Rhetorik der Grünen verschleiert, dass sie im Interesse des deutschen Imperialismus handelt. Sie verbreiten die Illusion, dass vom Green New Deal alle Klassen und Länder profitieren würden, dahinter machen sie aber eine eindeutige und verlässliche Politik für die deutsche Konzerne, solange diese zumindest einen umweltfreundlichen Anschein haben. Dass Baerbock bei den Verschmähungen gegen die revolutionäre 1.Mai-Demo mitgemacht hat, ohne ein Wort über den offensichtlich beabsichtigten Angriff der Polizei auf unser Demonstrationsrecht zu verlieren, zeigt zweifellos, dass sie auch zu einer Law-And-Order-Politik gegen linken Protest bereit ist. Das macht die Grünen zu einem perfekten Koalitionspartner für die CDU, wie es in Hessen und Baden-Württemberg auch schon jahrelang erprobt ist.

Junge Menschen und die arbeitenden Massen können sich nicht viel von den Grünen versprechen. Investitionen wird es für die Umsetzung der grünen Transformation geben. Die Umwelt wird damit nicht gerettet, noch weniger werden wir mehr Löhne oder eine bessere Gesundheitsversorgung erwarten können. Profitieren werden die Kapitalist_innen, die E-Autos herstellen.

CDU/CSU

Die CDU als klassische Hauptpartei der deutschen Bourgeoisie verliert

immer mehr Stimmen. Die inkompetente Regierungspolitik der Union bildet eine unmittelbare Ursache ihrer Wahlniederlage bei den diesjährigen Landtagswahlen ab. In ihrer Corona-Politik stehen Gesundheitsschutz der Allgemeinheit und Profitinteressen der Wirtschaft einander gegenüber. Sie verbinden sich zu einem inkonsequenten, in sich unschlüssigen Ganzen, zu Maßnahmenpaketen, die weder den Erfordernissen der Bevölkerung nach Gesundheitsschutz und sozialer Absicherung entsprechen noch die Rufe des Kapitals nach Freiheit des Geschäfts voll befriedigen. Hinzu kommt noch der Absturz durch Korruptionsaffären. In sich ist die Union mehr und mehr gespalten, was sich auch im Kanzlerkandidatenclash zwischen Söder und Laschet zeigte. Profitiert haben die Grünen.

Außenpolitisch
steht die CDU für eine starke EU unter deutscher Führung und den Ausbau der Grenzagentur Frontex an den Außengrenzen der EU. Sie unterstützen eine Starke NATO und die Partnerschaft zur USA, um so gemeinsam gegen China gewappnet zu sein und deutsches Kapital vor der chinesischen Übernahme zu schützen. Dass die CDU militärische Interventionen gutheißt, haben wir in den letzten Jahrzehnten erlebt und daran wird sich auch nichts ändern.

Letztlich
ist für die CDU die Grüne Partei deshalb die liebste Partnerin, weil sie am ehestens das Gesamtinteresse der KapitalistInnen im Blick haben und sie die sozialen Angriffe problemlos mittragen wird, das aber mit der weniger angestaubte Begleitmusik einer Habeck-Rhetorik und durchgesetzt von einer Führungsfigur Baerbock, gegen die Laschet halt einfach lasch wirkt.

FDP

Von
der Schwäche der CDU kann die FDP bisher kaum profitieren, was wohl an ihrer starken Klientelpolitik liegt. Die Grünen und die SPD sind auf die neoliberale Partei angewiesen, wenn es um die Bildung der

Ampelkoalition (SPD, Grüne, FDP) gehen sollte.

Hinsichtlich
der Stellung des deutschen Kapitals in der Welt setzt die FDP auf einen stabilen Exporthandel. Das setzt wiederum eine Souveränität der EU voraus, damit „wichtige Bereichen wie zum Beispiel Energieversorgung, Rohstoffimporte und digitale Technologie weniger abhängig und verwundbar werden“, wie es im Wahlprogramm der FDP heißt. Deutschland brauche die EU, um „einen Beitrag zur liberalen Weltordnung zu leisten“. Auch hier wird wieder von einer Weltordnung gesprochen, die schlichtweg die Vorherrschaft über Halbkolonien mit Hinblick wirtschaftlicher Interessen meint. Ihre interventionistische Politik wird offen dargelegt, wenn sie von einer Fortsetzung des deutschen und europäischen Engagements im Nahen Osten sprechen, von der Integration Afrikas in globale Wirtschaftskreisläufe, vom Ausbau von Frontex oder vom Vertiefen transatlantischer Handelsbeziehungen. Des Weiteren betonen sie die Begrenzung von Haushaltsdefiziten, was im Rückschluss Sozialabbau heißen wird.

Bei
der Bekämpfung des Virus setzt und setzte die FDP darauf „mit dem Virus leben“, um ihre vehementen Forderungen nach Öffnungen der (Mittelstands-)wirtschaft zu rechtfertigen, was heißt, den Tod Tausender hinzunehmen. Nichts geht den Liberalen über die Freiheit der Wirtschaft!

AfD

Die
AfD stagniert. Sie versuchte einerseits die rechte Querdenkenbewegung abzuholen, gleichzeitig betonte sie aber auch, nicht deren politischer Arm zu sein.

Neben
der massiven physischen Gewalt, welchen diese rassistische Partei

mitzuverantworten hat, dienen ihre rassistischen Narrative dem imperialistischen Kampf, wie beim Krieg gegen den Terror deutlich wurde. Die AfD spricht immer wieder von einer Rückbesinnung auf den Nationalstaat und schürt so den Rassismus an. Gleichzeitig fordert sie eine hohe Priorität der Außenwirtschaft. Sie fordern einen „diskriminierungsfreien Zugang“ zu ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen mit Zugang zu Rohstoffen und Freiheit der Handelswege. Der Rassismus, den sie ständig reproduzieren, dient nicht nur als Rechtfertigung für die Abschottung des Nationalstaates, sondern auch der Legitimation von Ausbeutung halbkolonialer Länder, auf deren Rohstoffe das deutsche Kapital angewiesen ist. So wollen sie auch „deutsche Unternehmen dabei unterstützen, in diese Länder zu investieren“. Die Politik der AfD ist rechtspopulistisch und rassistisch und kann bei einer Verschärfung der Krise einen Zuwachs für die Partei bedeuten, was für die Arbeiter_Innenklasse und alle Unterdrückten eine weiterhin nicht zu unterschätzende Gefahr darstellt.

Die bürgerlichen Arbeiter_Innenparteien

SPD

Die SPD ist jene der beiden bürgerlichen Arbeiter_Innenparteien auf dem absteigenden Ast. Für die Krisenbewältigung setzen die Sozialdemokrat_Innen auf Investitionen in sogenannte zukunftsfähige Arbeitsplätze und klimaneutrales Wachstum. Auch hier sind Teile des Green New Deals erkennbar. Sie wollen „aus der Krise gestärkt hervorgehen“ und propagieren ein Europa, das „als selbstbewusste Friedensmacht auftreten und so eine kooperative, multilaterale Weltordnung mitgestalten“ soll. Doch die Weltordnung von der gesprochen wird, bedeutet letztendlich die Unterdrückung anderer Länder unter die herrschenden Staaten. Dabei wirbt auch die SPD für ein Europa, das geschlossen auftritt und sich zu der neuen US-Regierung öffnet und tritt für eine verteidigungspolitische

Eigenständigkeit der EU ein. Sie fordern auch die Stärkung der Welthandelsorganisationen, da Deutschland auf offene Märkte angewiesen ist. Wenn es als imperialistisches Land wieder Macht erreichen möchte, muss es Exportüberschüsse erwirtschaften.

Die gesamte Politik der SPD und ihre enge Verbindung zum DGB und vor allem der IG Metall lief und läuft darauf hinaus, die deutsche Exportindustrie mitsamt ihrem Spitzenplatz in der Welt zu stärken um einem Teil der Arbeiter_Innenklasse ein hohes Einkommen zu verschaffen, was damit einhergeht, einen anderen anzugreifen. Diese Strategie der Vermittlung zwischen Kapital und gehobeneren Arbeiter_Innen erweist sich aber als immer untauglicher. Die Krise der SPD ist das Ergebnis.

Die Linken wählen?

Die Linken stagnieren trotz der Fülle drängender sozialer Themen, vor allem da sie innerlich gespalten sind und sich daher kaum zu einer klar antikapitalistischen oder auch nur schärferen reformistischen Strategie entscheiden können.

Sie wollen eine Finanzierung der Corona-Krise durch eine Vermögensabgabe. Beim Thema Außenpolitik wollen die Linken Frieden fördern und die Zivilgesellschafts unterstützen, „statt nur Wirtschaftsinteressen zu dienen und Deals mit Diktatoren zu machen.“ Weiter heißt es in ihrem Programm, dass es faire Handelsabkommen mit einem Regelwerk für Produktionsbedingungen, ein gerechtes Lieferkettengesetz und ein globales Arbeitsrecht geben soll. Auch den Export wollen sie beschränken durch einen internationalen Ausgleichsmechanismus, der die Staaten mit Exportüberschüssen auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichtet.

Auch
wenn sich die Linkspartei in ihrer Regierungspolitik in den Bundesländern nicht wirlich von der SPD unterscheidet und sie sich immer wieder als treue Verwalterin des deutschen Kapitalismus erwiesen hat, hat sie andererseits auch eine reale Verbindung zu sozialen Bewegungen wie „Deutsche Wohnen und Co enteignen“.

Doch
was heißt das für uns? Als Kommunist_Innen müssen wir die parlamentarischen Wahlen nutzen, um für unsere Ideen zu werben und Illusionen in den Reformismus zu bekämpfen. Das Ergebnis einer Wahl ist für den Klassenkampf nicht egal, sondern spiegelt das Kräfteverhältnis in der Arbeiter_Innenklasse wider.

Wir
rufen zur kritischen Wahl der Linkspartei auf, und zwar trotz ihres Programms. Für die Punkte, die wir unterstützen, wie eine Vermögensabgabe zur Krisenbekämpfung wollen gemeinsam mit deren Wähler_innen und Mitgliedern kämpfen. Doch wir tun dies nicht um die Linkspartei aufzubauen, sondern um ihre Versprechen auf den Prüfstand zu stellen, uns als konsequenter zu erweisen und somit Jugendliche und bewusstere Arbeiter_Innen vom Reformismus weg hin zu einer revolutionären Politik zu bringen.

Europawahl 2019: EU-Krise goes Wahlkabine – 6 Fragen und 6 Antworten

von Alex Metzger

Was ist das eigentlich diese Europawahl und hat das überhaupt irgendeine Bedeutung?

Am 26.Mai wird nach 5 Jahren wieder ein neues EU-Parlament gewählt. Das EU-Parlament ist neben dem Ministerrat und der EU-Kommission eine von mehreren Institutionen der EU, wobei allein das EU-Parlament direkt gewählt wird. Wie bei allen Wahlen im Kapitalismus bleibt uns aber auch hier nicht viel mehr übrig, als alle paar Jahre irgendwo ein Kreuz zu machen und zu hoffen, dass die gewählten Parteien wenigstens ein bisschen weniger Scheiße bauen, als die die vorher an der Regierung waren. Eigene Ideen einbringen und das System grundlegend in Frage stellen? Fehlanzeige! Noch dazu sind die Möglichkeiten der Fraktionen im EU-Parlament, sich politisch durchzusetzen, aufgrund eines komplizierten Gesetzgebungsverfahrens zusätzlich sehr eingeschränkt. Ebenso dürfen sehr viele Menschen, die in EU-Staaten leben, wie zum Beispiel Jugendliche unter 18 Jahren oder Geflüchtete, überhaupt nicht an der Wahl teilnehmen Scheiß egal sind die EU-Wahlen im Mai aber trotzdem nicht, denn wir können daran sehr viel über den aktuellen Status der EU und die bestehenden Kräfteverhältnisse ablesen und uns Gedanken machen, wie wir etwas verändern können.

In welcher Situation steckt die EU denn gerade?

Die EU steckt in einer tiefen Krise und es ist unmöglich, dass die kommenden Wahlen sie da rausholen könnten. Das liegt daran, dass die EU-Krise selbst nur eine Folge der globalen Wirtschaftskrise ist, die Profite der internationalen Unternehmen schrumpfen ließ und den Konkurrenzkampf um das, was noch übrig geblieben ist, angefeuert hat. Die EU selbst ist kein eigener Staat sondern nur ein Bündnis zwischen verschiedenen miteinander konkurrierenden Ökonomien, die nach langen Jahren des Wachstums und der Stabilität jetzt in der Krise die Krallen ausfahren.
Dass die EU in der Krise steckt, erkennen wir zum Beispiel daran, dass in fast allen EU-Mitgliedsstaaten europafeindliche Parteien wachsen und mehr

Stimmen bekommen. Während in Südeuropa Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut getrieben wurden, haben in Nordeuropa viele kleinere Unternehmen Angst, durch den freien Warenverkehr innerhalb des EU-Binnenmarktes von den großen Unternehmen plattgemacht zu werden und sind enttäuscht, dass mit den EU- Geldern nicht sie gerettet wurden sondern die Banken. Jugendliche und Lohnabhängige haben die Krise durch europaweite Privatisierungen Entlassungswellen und Sozialkürzungen besonders hart zu spüren bekommen. Die EU ist also von vielen Rissen – zwischen Nord und Süd, zwischen binnenmarkt- und exportorientierten Unternehmen und besonders zwischen Arbeiter_innen und Kapital – durchzogen und kann entlang dieser Risse schnell gänzlich auseinanderreißen. Der Brexit hat uns gezeigt, wie präsent diese Gefahr ist und hat die Krise zusätzlich verschlimmert. Hinzu kommt, dass der Druck international beispielsweise durch einen US-Präsidenten Trump, der die EU erstmals in ihrer Geschichte als einen „Feind der USA“ bezeichnet hat, erheblich gewachsen ist.
Die beiden Führungsmächte der EU, Deutschland und Frankreich, haben es nicht gebacken bekommen, sich auf eine einheitliche „Europastrategie“ zur Bewältigung dieser Krise zu einigen. Gemeinsame Projekte
zur Vereinheitlichung der EU wie die EU-Armee, eine koordinierte europäische Finanzpolitik oder auch eine gemeinsame europäische Migrationspolitik wurden in den Sand gesetzt. Das liegt auch daran, dass sich nicht mal ihre eigenen Regierungen im Zuge der Krise auf eine europäische Strategie einigen konnten: Während die Groko im Dauer-Koalitionsstreit steht, ist Macron damit beschäftigt, seine Gelbwesten zu bekämpfen.

Wer hat denn in der letzten Periode das EU-Parlament regiert?

Die letzten 5 Jahre hatten die „EVP: Europäische Volkspartei“ (da steckt die CDU drin) und die „Progressive Allianz“ (da steckt die SPD drin) mit 54 Prozent die ehrheit im EU-Parlament. Die EVP steht in ihrer Zusammensetzung sogar noch weiter rechts als die CDU und treibt die neoliberale Sparpolitik federführend mit an. Sie steht für Privatisierungen, Deregulierung, Festung Europa und einem freien innereuropäischen Markt. Nach den jüngsten Debatte wurde der Ausschluss der ultra-rassistischen ungarischen Fidesz unter Victor Orban erst einmal nur auf Zeit beschlossen

und brachte der EVP in den Umfragen weitere Stimmeinbußen durch ihre rechten Wähler_innen ein. Sie wird wohl als Verliererin aus der kommenden Wahl hervorgehen. Doch auch die Sozialdemokrat_innen haben sich mit allem anderen als mit Ruhm bekleckert. In ganz Europa haben sie die neoliberale Politik mitgetragen und somit dafür gesorgt, dass ihre lohnabhängigen Stammwähler_innen ihnen nicht mehr vertrauen. Auch sie haben die „EU-Schuldenbremse“ unterstützt und
Südeuropa in Abhängigkeit und Armut gestürzt. Auch sie haben Privatisierung und Sozialkürzungen selbst mit durchgesetzt. Auch sie haben der Industrie geholfen, unbefristete Arbeitsverträge und gute Jobs gegen Arbeit im Niedriglohnsektor und gegen befristete Arbeitsverhältnisse einzutauschen.Anstatt sich in der Wirtschaftskrise und der zunehmenden Migration in die EU klar links zu positionieren, Antirassismus mit Sozialpolitik zu verbinden und auf die Nöte der Menschen mit ordentlichen Konzepten zur sozialen Absicherung und einer Politik der offenen Grenzen zu antworten, haben sie nur politische Zugeständnisse an die Industrie, die Banken und die Rechten springen lassen. Dass nun die noch rechteren Parteien im Aufwind sind, ist das direkte Resultat dieser Politik. Perspektivlosigkeit und Abstiegsängste führen in ganz Europa dazu,
dass Leute diesen in die offenen Arme laufen. Doch anstatt die Wurzel des Problems anzugreifen, haben die „Volksparteien“ versucht, ihre Wähler_innen bei sich zu halten, indem sie selber weiter nach rechts gerutscht sind. Dabei sind die Abschottung der EU, die Kriminalisierung von Seenotrettungen, Deals mit Diktaturen und der massive Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur Frontex nur Facetten dieser Entwicklung. Gewaltsame Übergriffe auf Geflüchtete, Muslim_innen, Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma und Frauen haben überall massiv zugenommen. Auch mit der Etablierung autoritärer Polizeistaaten unter dem Vorzeichen des „Kampfes gegen den Terrorismus“ wurde bereits begonnen. Brutalere Polizeigesetze und autoritärere Justizreformen richten sich nicht nur gegen „Minderheiten“ sondern auch unmittelbar gegen die demokratischen Rechte der Aktivist_Innen, die gegen die Politik der EU und ihrer einzelnen
Mitgliedsstaaten auf die Straße gehen.

Und was ist nach den kommenden Wahlen zu

erwarten?

Da die internationale Konkurrenz tendenziell nicht abnimmt sondern stärker wird, werden sich diese Trends verstärken. Ebenso ist zu erwarten, dass die Außenpolitik der Union deutlich an Aggressivität zunehmen wird. Auch wenn das Projekt einer EU-Armee erst einmal auf die Auswechselbank gesetzt wurde, wird die EU früher oder später auf die immer aggressiver werdende Politik von Trumps US-Imperialismus mit einer eigenen aktiven Außenpolitik antworten müssen. Die Aufstockung der Militärausgaben auf 2% des BiP(Nato Vorgabe) sind ein erster Schritt dahin.
Angefeuert werden Militarismus, Rassismus, Abschottung und Sozialkürzungen durch den Rechtsruck. Die europäischen „Volksparteien" werden zwar für ihre verfehlte Politik mit massiven Stimmverlusten bestraft werden, doch gewinnen werden die Rechten. In Italien liegt Salvinis rassistische „Lega" in Umfragen derzeit mit 32,4 Prozent als stärkste Einzelpartei des Landes vorn. Ähnlich ist das Bild in Frankreich, wo Le Pens ultra-rechte „Ressemblement National" aktuell mit 22 Prozent knapp vor Macrons liberaler „En Marche" an erster Stelle liegt. InPolen kann die regierende nationalkonservative PiS mit 40 Prozent rechnen. Selbst in Schweden würden die rechtsnationalen „Schweden Demokraten" aktuell mit knapp 20 Prozent zweitstärkste Partei. Die AfD schaffe es laut Umfragen auf 12 Prozent der Stimmen. Momentan wird die rechte Fraktion im EU-Parlament (ERK) von der englischen Conservative Party(Tories) und der polnischen PiS angeführt. Beide verfügen jeweils über ca. 40 Prozent der Sitze in der Fraktion. Eine komplette Neuaufstellung der EKR als gesamte Fraktion ist nach den Wahlen zu erwarten. Vor allem auch aufgrund der ideologischen Nähe zu anderen rechten Fraktionen im Europaparlament, insbesondere der ENF (Europa der Nationen und Freiheit). In der ENF finden sich nämlich neben Marine Le Pens RN(Ressemblement National)auch die italienische „Lega Nord" und Österreichs rechte Regierungspartei FPÖ. Insgesamt wird für die europäische Rechte(EKR) ein Wahlergebnis von ca. 12,5 % erwartet, die ENF klettert auf knapp 11 Prozent(Stand 07.04). Die Stimmen würden für eine Koalition aus Liberalen, Konservativen und Rechten locker reichen.

Gibt es denn keine Linken, die den Rechten

ein bisschen die Stirn bieten könnten?

Tatsächlich hat die Krise auch linken Bewegungen einen kleinen Aufschwung gegebenen. Podemos erreichte bei Parlamentswahlen in Spanien über 20 Prozent der Stimmen und auch Melenchons „La France Insoumnise“ erreichen in Wahlen mindestens 18 Prozent. Diese linkspopulistischen Bewegungen haben sich von der „Europäischen Linken“ abgespalten und treten dieses Jahr erstmals unter dem Namen „Maintenant le Peuple“ zur Europawahl an. Neben Forderungen nach höheren Löhnen und staatlichen Investitionen wollen sie den Kampf des Volkes gegen die bösen „internationalen Eliten“ führen – also Volkspolitik statt Klassenpolitik machen. Dass das ein großes Problem ist, sehen wir unter anderem daran, wenn Melenchon im EU-Parlament erzählt „Jedes Mal, wenn ein eingewanderter Arbeiter ankommt, stiehlt er das Brot der dort beheimateten Lohnabhängigen“. Statt internationaler Klassensolidarität fördern die Linkspopulist_innen ein nationales und teilweise sogar rassistisches Bewusstsein und passen sich damit an den Rechtsruck an. Doch auch die „Europäische Linke“ hat beispielsweise mit der griechischen Partei „Syriza“, die an der Regierung das Streikrecht eingeschränkt, EU-Spardiktate umgesetzt und die Renten gekürzt hat, so einige Leichen im Keller. Die dritte linke Partei, die den zu den diesjährigen Europawahlen antritt, nennt sich „DiEM25“ und wird vom früheren griechischen Finanzminister Gianis Varoufakis angeführt. Sie vertritt ein eher linksliberales Programm und fordert hier und da ein wenig mehr Demokratie auf EU-Ebene ohne jedoch für tiefgreifende soziale Reformen einzutreten.
Alle 3 Parteien sind sich jedoch einig, dass man die Probleme der EU, der Lohnabhängigen, der Schuldenkrise und der Geflüchteten mit Reformen lösen könne. Die einen sehen die EU als beste Plattform für diese Reformen, die anderen den Nationalstaat. Auf die Idee, den Kapitalismus als Ursache all dieser Probleme abzuschaffen, ist leider kein_e von ihnen gekommen.

Also lieber gar nicht wählen?

Das Wahlrecht ist eine große Errungenschaft, die sich die Arbeiter_innenbewegung blutig erkämpfen musste. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung und selbst wenn unsere Stimmen kaum etwas ändern werden,
wäre es Schwachsinn, diese Errungenschaft wegzuwerfen. Wir dürfen nur

nicht beim Kreuzchenmachen stehen bleiben! Gewerkschaften, linke Parteien, soziale Organisationen und wir Jugendlichen aus ganz Europa müssen uns zusammenschließen und den Angriffen kollektiv die Stirn bieten! Gegen den europaweiten Rechtsruck, die zunehmende Konkurrenz, den Sozialabbau und die Abrieglung der Außengrenzen brauchen wir auch einen europaweiten Abwehrkampf und kein Zurück zum Nationalstaat. Die EU als Institution bleibt trotzdem undemokratisch, militaristisch, rassistisch, neoliberal und scheiße. Wir wollen deshalb keine kapitalistische EU und auch keinen kapitalistischen Nationalstaaten sondern die „Vereinigten sozialistischen Staaten von Europa"! Da dieses Modell gerade nicht zur Debatte steht rufen wir euch auf, am 26.5. „die Linke" zu wählen. Nicht weil wir die toll finden, sondern weil sie von den fortschrittlichsten Teilen der Arbeiter_innen-, Antira- und Ökologiebewegungen unterstützt wird und wir sie in die Verantwortung bringen wollen, ihre Forderungen auch in der Praxis umsetzen zu müssen.

Berliner Abgeordnetenhaus – Haben wir eine Wahl?

Am 18. September sind die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, dem Berliner Parlament. Viele von uns fragen sich, wen sie wählen wollen. Ob sie wählen sollten oder wählen würden, wenn sie könnten. Kurz vor der Wahl beginnen alle bürgerlichen Parteien in ungewohnter Manier, um die Gunst des Wählers zu streiten. Streiten scheint der richtige Ausdruck zu sein, wenn man sich die hitzigen Debatten anschaut, die auf allen Ebenen ausgetragen werden. Keine Zeitung, keine Straße, keine Unterhaltung in der Öffentlichkeit kommt ohne die Diskussion zwischen den Parteien aus. Doch wie sehr unterscheiden sie sich wirklich, für welche Politik stehen diese Parteien? Vertreten sie tatsächlich die Interessen von uns Jugendlichen?

Unsere Probleme…

Gerade als Jugendliche sind wir besonders gerne im Fokus der Parteien, im

positiven, wie im negativen Sinne. Trotz den Versprechen unsere Probleme zu lösen, die jede Wahl von neuem gemacht werden, haben wir immer noch eine ganze Menge davon. Der öffentliche Nahverkehr, mit dem wir täglich zur Schule, zu Freunden oder unserem Lieblingsclub unterwegs sind, wird immer teurer. Jetzt soll auch noch die S-Bahn privatisiert werden! Das gleiche gilt für die meisten Dinge in unserem Alltag, wie zum Beispiel unsere Mieten. Besonders diejenigen von uns, die bereits für die eigene Miete aufkommen müssen, wissen wie hart das ist! Vor allem, wenn man als Aushilfskraft, Auszubildender oder arbeitsloser Jugendlicher in Berlin lebt, spürt man die Probleme besonders scharf. Wenig Arbeitsplätze, niedrige Löhne, unterfinanzierte Bildung, geschlossene Jugendclubs, teure Preise in Clubs und Supermärkten, eine Polizei die uns schikaniert und immer mehr Privatisierung – das sind unsere Probleme!

CDU und FDP, kein Versprechen, sondern eine Drohung!

Die CDU wirbt mit „Sicherheit“ und dem einfallsreichen Satz „Damit sich was ändert“. Zusammen mit der FDP, die in den Umfragen gerade die zwei Prozentmarke knackt, versucht sie sich als Partei des wirtschaftlichen Fortschritts zu verkaufen. Vor allem aber als Partei, die mal richtig „durchgreift“! Sie verspricht Härte und Kompromisslosigkeit gegenüber immer krimineller werdenden Jugendlichen. Abgesehen von der Tatsache, dass die Kriminalität von Jugendlichen in den vergangenen zehn Jahren stark zurückgegangen ist, verschleiern CDU und FDP den Hintergrund für Jugendkriminalität. Dieser ist nämlich nicht unerklärlich, sondern hängt mit sozialen Problemen, letztlich der Gesellschaft in der wir leben, zusammen. Unseren Problemen, die diese Parteien nicht lösen wollen. Im Bundestag oder in Baden-Württemberg haben sie gezeigt, dass sie nicht die Parteien sind, die sich „Sozial“ auf die Fahnen schreiben können. Sie stehen vor allem für stärkere Überwachung, Sparpolitik in Bund, Ländern und Kommunen, die Kriminalisierung von Jugendlichen, Migrant_innen und einer verschärften Politik gegen Arbeitslose. Sie machen ganz offen Politik für die Reichen und Unternehmer, nicht für uns!

Die Grünen – die etwas andere linke Alternative?

Ganz groß im Rennen sind momentan die Grünen. Sie standen an der Spitze der Antiatombewegung und bei den Protesten gegen S21. Doch wie „links und grün“ sind sie wirklich? Als sie das letzte mal in der Bundesregierung zusammen mit der SPD waren, begannen sie innerhalb weniger Jahre zwei Kriege – in Kosovo und in Afghanistan, über den Irakkrieg spekulierten SPD und Grüne. Sie waren Verantwortlich für die unsoziale Agenda 2010 und für die Arbeiter- und Arbeitslosenfeindlichen Hartzgesetze (Hartz 4). Doch auch was Umwelt anging, haben sie sich nichts verdient gemacht. 2003 kam mit Rot-Grün die erste Verlängerung der AKW-Laufzeiten für die Atomlobby zustande. Diese Verlängerung ermöglichte Schwarz-Gelb überhaupt erst einen weiteren, wenn auch gescheiterten, Atomdeal in die Wege zu leiten! In Hamburg ließen sie zusammen mit der CDU Proteste gegen den Neubau eines Kohlekraftwerkes von der Polizei niederknüppeln. Auch in Stuttgart haben sie gezeigt, dass sie keine Versprechen halten können. Anstatt S21 sofort dicht zu machen, tricksen sie herum, während die DB weiter bauen kann. Die Grünen sind also keine Alternative zu anderen Parteien. Viele glauben, die Grünen wären kommunal linker, grüner oder das „kleinere Übel“. Wir sagen, dass eine Partei, die auf Bundesebene Kriege, Sozialabbau und Atomdeals gemacht hat, auch kommunal keine Stimme haben sollte!

Freiheit, NPD und Pro Deutschland – Keine Plattform für Faschisten und Rassisten!

Die Freiheit und Pro Deutschland geben sich als Bürgerbewegung. Doch sie sind nichts mehr als Rassisten unter dem Deckmantel einer „Islamkritik“. Ihr Programm Hetzt nicht nur gegen Migrant_innen. Ihre Vorschläge sind zutiefst autoritär. Sie verleugnen Armut, Arbeitslosigkeit, die Krise und soziale Bedürfnisse nach Bildung, Rente und einem guten Gesundheitssystem. Dem stellen sie ihren Rassismus und polizeistaatliche Versprechungen entgegen. Sie spalten den Widerstand von Gewerkschaftern, Arbeitslosen, Arbeitern, Migranten und Jugendlichen gegen die Krise und soziale Angriffe… Die NPD geht noch weiter – Sie ist eine faschistische Partei! Ihr reichen Worte und der Staatsapparat nicht aus. Sie hat Verbindungen in Kameradschaften, zu autonomen Nationalisten und anderen Nazis in und Reihen. Sie organisiert gewaltsame Angriffe gegen (linke)

Jugendliche, Gewerkschafter, Arbeitslose und Migranten. Sie wollen sozialen Widerstand schwächen, Verunsicherung und Angst unter die im Kapitalismus Unterdrückten tragen. Diese Parteien darf man nicht wählen, man muss ihnen konsequent entgegentreten. Wir müssen uns selbst und unsere Stadtteile, wenn nötig auch militant, gegen sie verteidigen. Dort wo diese Parteien sich auf die Straße oder ein Podium wagen, müssen wir öffentlichen Widerstand gegen sie organisieren.

Vielleicht mal die…Piratenpartei?

Die Piraten stellen sich als die neue, nie da gewesene Alternative dar. Doch ihre Versprechen sind genauso alt, wie die anderen Parteien. Die Piraten haben zum Teil recht verständliche und gute Forderungen nach mehr Demokratie und Beteiligung. Sie hinterfragen aber nicht die Gründe, warum „Demokratie und Beteiligung" abgebaut werden. Ihr Programm ist ein Programm von Illusionen in den Staat, den sie kritisieren wollen, in die Privatwirtschaft, die sie für korrupt halten – letztlich in den Kapitalismus, der nicht einmal in ihrem Wahlprogramm erwähnt wird. Anstatt die Besteuerung von Reichen zu fordern, um ihre Forderungen durchzusetzen, halsen sie lieber allen noch mehr Steuern auf! Sie reden von Mitbestimmung, haben aber keine Vorstellung, wie man die, die jetzt bestimmen, nämlich die Kapitalisten und ihre Staatsbürokraten, aufhält. Vielleicht mal die… Piraten? Lieber nicht!

SPD und LINKE – welche Perspektive weisen sie?

SPD und LINKE haben seit neun Jahren in Berlin regiert. Die beiden Parteien, die sich als die sozialen Parteien darstellen, haben nichts grundlegend verändert. Erst recht nicht, wenn man sich ihre Wahlversprechen vor Augen hält! Die SPD konnte vor allem mit ihrem ehemaligen Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin „glänzen", der bis heute Mitglied dieser Partei ist. Gemeinsam in der Regierung mit der LINKEN wurde die Privatisierung von S-Bahn, Wasserbetrieben und der Sparkasse vorangetrieben. Auch, und vor allem im Bildungsbereich gab es immer wieder Widerstand von Schülern, Eltern und Lehrern gegen Rot-Rot. Zuletzt ging die Rot-Rote Regierung massiv gegen streikende Lehrer und Schüler

vor, die eine bessere Bildung forderten. Beide Parteien bieten keine Perspektive gegen das bestehende System, den Kapitalismus! Sie sind reformistische Parteien, die sich auf das Parlament, anstatt auf den Widerstand auf der Straße gegen Armut, Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne und Sozialabbau, verlassen. Doch sie sind nicht einmal dazu in der Lage die dringendsten Bedürfnisse nach erschwinglichen Mieten, finanzierter Bildung und kostengünstigem Nahverkehr zu lösen, wenn sie erst einmal im Parlament sind. Auf bundesweiter Ebene wollte die SPD keinen Widerstand gegen die Sparpakete, die Folgen der Krise und massenhaften Entlassungen organisieren. Die LINKE hingegen war immerhin in der Anti-Krisen Bewegung vertreten.

DKP, MLPD, PSG – revolutionäre Parteien?

Einige Linke glauben, dass man den kleinen „radikalen“ Parteien eine Stimme geben sollte, da sie revolutionär wären. Schaut man sich das Wahlprogramm der DKP an, so wird man feststellen, dass es im Grunde eine linke Kopie des Linksparteiprogramms ist. Die MLPD ist eine stalinistische Organisation, die eben weder fortschrittlich ist, geschweige denn sich an Bündnissen gegen soziale Angriffe beteiligt. Zuletzt die PSG, auch wenn ihr Programm das „linkeste“ ist – sie tritt nur zum Wahlkampf in Erscheinung. Diese Organisationen haben weder eine revolutionäre Programmatik und Praxis, geschweige denn eine Massenbasis, um die es sich politisch zu kämpfen lohnt! Im Gegensatz zur LINKEN…

LINKE wählen – aber Widerstand organisieren!

Zwar teilen wir nicht die Hoffnungen vieler Wähler, dass die LINKE, wenn sie erst einmal regiert etwas anders macht. Wir denken aber, dass die Wähler und viele Mitglieder der Linkspartei etwas anderes wollen als die anderen Parteien. Die Linkspartei verspricht einen Kampf gegen die Rente mit 67, gegen den Krieg in Afghanistan, gegen Leiharbeit, Niedriglöhne, Hartz 4, für bessere Bildung, die Besteuerung der Reichen und die Entlastung der einfachen Arbeiter und Jugendlichen. Umso mehr fordern wir sie auf, für diese Ziele wirklich zu kämpfen. Auch im Jugendbereich, wo ihre Jugend- (solid) und Studentenorganisationen (SDS) eine wichtige

Rolle spielen, müssen wir die LINKE zum Kampf gegen Bildungs- und Sozialabbau auffordern. Viele Forderungen der Linkspartei können wir unterstützen, doch wir treten für andere Kampfmethoden ein. Wir sind für Massenstreiks, für Betriebs-, Schul- und Universitätsbesetzungen und für den Aufbau einer klassenkämpferischen Basisbewegung in den Schulen, Universitäten, Betrieben und Gewerkschaften. Wir sagen den jetzigen Wählern der LINKEN, wir rufen die Beschäftigten, Arbeitslosen und Jugendlichen auf – Wählt die LINKE, aber kämpft für eure Forderungen, organisiert Widerstand gegen Krise, Bildungs- und Sozialabbau. Wir werden mit euch kämpfen und zeigen, dass nur revolutionäre Methoden die Kapitalisten schlagen können! Eine erfolgreiche Wahl für die LINKE würde nicht nur die Hoffnungen und den Kampfgeist der fortschrittlichsten Jugendlichen und der Arbeiter stärken, sondern sie in den direkten Widerspruch zu den sozialdemokratischen Führern der LINKEN bringen. Letztendlich brauchen wir eine revolutionäre Partei, die in der Praxis für das kämpft, was sie sagt. Eine Partei, die die Tageskämpfe gegen Sozialabbau und Entlassungen mit dem Kampf gegen ihre Ursachen verbindet – Dem Kapitalismus und seinem Staat! Eine solche Partei ist und wird die LINKE nie sein, aber viele ihrer jetzigen Wähler und Mitglieder würden einer solchen Partei angehören.

Kämpft gemeinsam mit uns für eine revolutionäre Partei und Jugendorganisation. Ob gegen höhere Mieten, für bessere Bildung oder gegen die Faschisten, REVOLUTION wird gemeinsam mit euch für eure Interessen einstehen!